

Ende März 2013

Call for Papers für die Ausgabe 25 (Herbst/ Winter 2013) von bwp@:

Ordnung und Steuerung der beruflichen Bildung

Durch die Vielzahl an Akteuren, Interessenslagen und Zuständigkeiten ist die Ordnung und Steuerung beruflicher Bildung in Deutschland hoch komplex, was durch die Verzahnung von Berufsbildungspolitik mit Bildungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zusätzlich verstärkt wird. Zudem wird Berufsbildungspolitik vorrangig mit Blick auf die berufliche Ausbildung im dualen System, im Schulberufssystem und im Übergangssystem diskutiert und verkennt dabei die qualitative und quantitative Bedeutung beruflicher Weiterbildung und die institutionelle „Ausfransung“ beruflicher Bildung gegenüber hochschulischer Bildung (z.B. corporate universities, duale Studiengänge; Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung).

Dabei existieren im Hinblick auf Ordnung und Steuerung dieser Bereiche erhebliche Unterschiede. So unterliegen die unterschiedlichen berufsbildenden Angebote verschiedenen Zuständigkeiten auf Bundes-, Länder-, kommunaler oder Verbandsebene. Daneben gibt es träger- und lernortspezifische Gesetzgebungen, fachrichtungs-, berufs- und sektorspezifische Ordnungsmittel, Abschlüsse, Zugänge und Übergänge, unterschiedlich vorgebildetes Personal, variierende Bedingungen für Ausstattung und Qualität und nicht zuletzt unterschiedliche Zielgruppen mit verschiedenen Bildungs- und Berufsbiographien und beruflichen Bestrebungen. Unter diesen Aspekten unterscheiden sich die Sektoren aber nicht nur untereinander, sondern auch innerhalb dieser sind jeweils Differenzen auszumachen. Gründe hierfür sind regional-, fachrichtungs- und berufsspezifische Besonderheiten in der Berufsbildung, aber vor allem auch differente sozial-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Interessen in einzelnen Ländern und Kommunen. Hinzu kommt, dass im Quartärbereich und an der Schnittstelle zum Tertiärbereich Ordnungs- und Steuerungsfragen teilweise einer anderen Logik folgen, so dass Ordnungsmittel entweder eine untergeordnete Rolle spielen (beruflich-betrieblichen Weiterbildung) oder aber – wie im Hochschulbereich – kaum anschlussfähig an die berufliche Bildung scheinen.

So hat sich anstelle einer übersichtlichen Ordnung und koordinierten Steuerung seit dem 19. Jahrhundert eine Berufsbildungspolitik ausdifferenziert, die vorrangig auf die berufliche Ausbildung bzw. auf das Berufsbildungsgesetz und die Handwerksordnung fokussiert. Sie ist das Ergebnis korporatistisch-staatlicher, kooperativ-föderalistischer Interessenverflechtungen und Konflikte zwischen den Sozialpartnern und spiegelt sich in einer mehr oder minder funktionierenden Verteilung von Kompetenzbereichen wider: Während die schulische Berufsbildung und die Angebote im Übergangsbereich in überwiegender Maße in der Verantwortung der Länder-, Kommunen, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik liegen, ist der Kern der Berufsbildung, die betriebliche Ausbildung im Rahmen des Dualen Ausbildungssystems, nach wie vor das hauptsächliche Entscheidungsfeld von Arbeitgebern und ihren Interessenvertretungen.

Die Fragmentiertheit der Berufsbildungspolitik kommt insbesondere dann zum Ausdruck, wenn es um nationale Vereinbarungen geht (Stichwort: DQR), die einen Konsens erfordern, aber auch auf Bund-Länderebene (Stichwort: Ordnungsmittel) sowie auf kommunaler und institutioneller Ebene (Stichwort:

Lernortkooperation) werden die Nachteile zerstückelter Kompetenzen deutlich. Zentrale Nachteile fragmentierter Berufsbildungspolitik sind neben fehlenden Abstimmungsprozessen zwischen den Interessengruppen und Akteuren vor allem blockierte Zugänge oder Übergänge zwischen (Berufs-)Bildungsangeboten, begrenzte Berechtigungen, unzureichende Anerkennungen und restriktive Selektionsverfahren.

Hinzu kommt die seit Jahren zunehmende indirekte Steuerung beruflicher Bildung durch supra- und internationale Einflüsse (Stichwort: ISCED, DQR, Lernergebnisorientierung, Leistungspunktesysteme), die grundsätzlich einer anderen Logik folgen, die wiederum nur sehr bedingt oder gar nicht mit der deutschen Berufsbildungslogik und -politik kompatibel erscheint.

Infolge dessen hat sich an der fragmentierten Ordnung und Steuerung der Berufsbildung in Deutschland wenig geändert, vielmehr ist die Komplexität der Steuerungs- und Ordnungsfragen noch größer geworden und nicht selten konkurrieren Initiativen und Ansätze miteinander oder erweisen sich als wenig tragfähig.

Mit dieser Ausgabe von **bwp@** verfolgen wir das Ziel, historiographische und theoretische Erklärungsansätze und empirische Befunde zur Besonderheit der Berufsbildungspolitik in Deutschland zu versammeln, um neue Perspektiven zu gewinnen und die Auseinandersetzung mit berufsbildungspolitischen Vor- und Nachteilen argumentativ zu unterfüttern. Gleichzeitig geht es uns mit dieser Ausgabe darum, den thematischen Schwerpunkt Berufsbildungspolitik in der berufs- und wirtschaftspädagogischen Diskussion und Forschung wieder zu beleben.

Wir laden Sie zu Beiträgen ein, die sich mit folgenden Fragen befassen:

- Welche historiographischen und theoretischen Erklärungsansätze gibt es für die spezifische Ordnung und Steuerung der Berufsbildung in Deutschland, und dafür, dass sich diese so hartnäckig hält?
- Wie lassen sich berufsbildungspolitische Verfahrensabläufe und Abstimmungsprozesse empirisch so rekonstruieren, dass Interessenkonstellationen deutlich werden? Über welche empirischen Befunde verfügt die berufsbildungspolitische Forschung?
- Welche Spannungsfelder, Vor- und Nachteile birgt das Verhältnis zwischen Berufsbildungspolitik und Bildungspolitik einerseits und Berufsbildungspolitik und Beschäftigungspolitik andererseits?
- Inwiefern verändert sich die deutsche Berufsbildungspolitik in Folge supra- und internationaler Einflüsse im Hinblick auf Interessenskonflikte und Willensbildung, Inhalte und Ergebnisse und institutionelle Ordnungen?
- Welche innovativen Ideen zur Ordnung und Steuerung der Berufsbildung existieren, die eine koordinierte Berufsbildung im Sinne verbesserter Übergänge und Durchlässigkeit gewährleisten könnte?

Interessenten bitten wir, uns spätestens bis zum

10. Juni 2013

ein maximal halbseitiges **Abstract** (bitte nicht mehr als 200 Wörter!) ausschließlich an:
redaktion25@bwpat.de zu senden.

Die Abstracts werden anhand folgender Kriterien bewertet:

- Relevanz des Themas / Bezug zum Call for paper
- Fragestellung / Erkenntnisinteresse resp. Intention des Beitrags
- Methodisches Vorgehen (Exploration, Datenauswertung, Literaturstudie, Theorieanalyse, Erfahrungsbericht etc.)
- Aufbau des Textes
- Zuordnung zu einem der drei möglichen **bwp@** Beitrags-Formate (Forschungsbeitrag, Diskussionsbeitrag oder Berichte & Reflexionen, siehe dazu: www.bwpat.de/autoren/bwpat_kategorien-review_2009.pdf).

Bitte verwenden Sie dafür die auf der **bwp@** Homepage unter Vorschau zu findende Formatvorlage (www.bwpat.de/content/ausgabe/vorschau/cfp), der wir nicht nur den Titel und die inhaltliche Ausrichtung des geplanten Beitrags entnehmen können, sondern auch Informationen zum/r Autor/in bzw. zu den Autoren und die Zuordnung zu einem der möglichen **bwp@** Beitrags-Formate. Wir informieren Sie bis spätestens **24.6.2013**, ob wir Ihren Beitrag aufnehmen können und wie das weitere Procedere ablaufen wird.

Die Beiträge selbst erbitten wir bis spätestens **13. September 2013** (ausschließlich unter Verwendung der dafür vorgesehenen Formatvorlage).

Online wird Ausgabe 25 im Dezember 2013 gehen.

Karin Büchter, Sandra Bohlinger & Tade Tramm

(Inhaltlich verantwortliche Herausgeber von **bwp@** Nr. 25)